

Überblick abgeschlossene Gesetzgebungsverfahren in 2010

Stand: 31. Januar 2011

Gegenstand	
1. EU-Vorgaben Umsetzungsgesetz – Stand: Veröffentlichung im BGBl. vom 8.4.2010	
Zusammenfassende Meldung (§ 18a UStG)	Abgabe Zusammenfassende Meldungen (ZM) bei innergemeinschaftlichen Lieferungen grundsätzlich monatlich, Ausnahme Unternehmen mit geringen Umsätzen; freiwillig monatliche ZM statt grundsätzlich quartalsweiser Meldung für sonstige Leistungen i.S.d. § 3a Abs. 2 UStG; Abschaffung Dauerfristverlängerung für ZM, dafür Ausweitung Meldezeitraum 25 Tage nach Ablauf des Meldezeitraums; Verkürzung Berichtigungszeitraum ZM auf einen Monat; Änderungen ab 1.7.2010 anwendbar.
Änderungen betreffend die Umsatzsteuer-Voranmeldung (§ 18b UStG)	Angleichung Meldezeitraum sonstige Leistungen i.S.d. § 3a Abs. 2 UStG an Neuregelungen ZM (s.o.); anwendbar ab 1.7.2010.
Umsatzsteuerbefreiung für Post-Universaldienstleistungen (§ 4 Nr. 11b UStG)	USt-Befreiung für Unternehmen, die Post-Universaldienstleistungen flächendeckend in ganz Deutschland anbieten, Bescheinigung vom Bundeszentralamt für Steuern (BZSt) notwendig; ab 1.7.2010 anwendbar.
Leistungsempfänger als Steuerschuldner (§ 13b UStG)	Bei Dauerleistungen über ein Jahr Entstehung der Steuer spätestens mit Ablauf jedes KJ; USt-IdNr. künftig auch für juristische Personen des Privatrechts, die keine Unternehmer i.S.d. § 2 UStG sind (Beantragung bei BZSt); § 13b UStG auch für Handel mit CO ₂ -Emissionszertifikaten, wenn leistender Unternehmer im Inland sitzt; Regelungen ab 1.7.2010 anwendbar.
Riester-Förderung (§ 10a EStG)	Ausweitung des Kreises der Begünstigten.
Degressive AfA auf EU-/EWR-Immobilien (§ 7 Abs. 5 EStG)	Ausweitung degressive AfA auf Gebäude im EU-/EWR-Ausland, auf Antrag für VZ vor 2010 anwendbar.
Funktionsverlagerung, Transferpakete (§ 1 AStG)	Sofern ein bestimmtes wesentliches immaterielles WG Gegenstand einer Funktionsverlagerung ist; Anerkennung von Einzelwertansatz unter Verzicht auf Transferpaketbetrachtung; rückwirkend ab 2008 anwendbar.
Gewerbsteuerliche Hinzurechnung bei Finanzdienstleistungsunternehmen - insb. Leasing- und Factoringgesellschaften (§ 19 GewStDV)	Keine gewstl. Hinzurechnung von Zinsanteilen bei Finanzdienstleistungsunternehmen (insb. Leasing/Factoring) soweit Finanzdienstleistungen erbracht werden; rückwirkend ab 2008 anwendbar; ab Erhebungszeitraum 2011 weitere Voraussetzung: mind. 50% Finanzdienstleistungsumsätze.
2. Jahressteuergesetz 2010 – Stand: Veröffentlichung im BGBl. vom 13.12.2010	
Stille-Reserven-Regelung bei der Verlustabzugsbeschränkung (§ 8c KStG)	Änderungen bei der Ermittlung der stillen Reserven: 1. Berücksichtigung auch ausländischen Betriebsvermögens, für das Deutschland das Besteuerungsrecht zusteht; 2. Besondere Regelung für Fälle negativen Eigenkapitals; anwendbar ab VZ 2010.
Übergang vom Anrechnungs- auf das Halbeinkünfteverfahren (§ 34 KStG)	Korrektur bei der Umgliederung des verwendbaren Eigenkapitals bei Übergang vom Anrechnungs- auf das Halbeinkünfteverfahren (§ 34 Abs. 13f, 13g KStG); anwendbar in allen noch offenen Fällen.
Teilabzugsverbot auf ertraglose Beteiligungen (§ 3c Abs. 2 EStG)	Absicht zur Erzielung von Einnahmen, die dem TEV unterliegen, führt zur Anwendung des § 3c Abs. 2 EStG; anwendbar ab VZ 2011.
Entstrickung und finale Betriebsaufgabe (§ 4 Abs. 1 EStG, § 16 Abs. 3a EStG)	Verschärfung der Entstrickungstatbestände (§ 4 Abs. 1 S. 3 EStG, § 12 Abs. 1 KStG) und Kodifizierung der finalen Betriebsaufgabe (§ 16 Abs. 3a EStG); unterschiedliche rückwirkende Anwendungsregeln.
Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer (§ 4 Abs. 5 S. 1 Nr. 6b EStG)	Rückwirkende Neuregelung für die steuerliche Abzugsfähigkeit der Aufwendungen für ein häusliches Arbeitszimmer, für Fälle, in denen kein anderer Arbeitsplatz zur Verfügung steht; anwendbar ab VZ 2007, gilt für alle noch offenen Fälle.
Steuerpflicht von Erstattungszinsen (§ 20 Abs. 1 EStG)	Neuregelung, dass Erstattungszinsen als Einkünfte aus Kapitalvermögen der Steuerpflicht unterliegen (§ 20 Abs. 1 Nr. 7 S. 3 EStG); anwendbar in allen Fällen, in denen die Steuerfestsetzung noch nicht bestandskräftig ist.
Leistungsempfänger als Steuerschuldner (§ 13b UStG)	Ausweitung der Umkehr der Steuerschuldnerschaft auf Schrotthandel und bestimmte Gebäudereinigungen; anwendbar ab 1.1.2011.
Vorsteuerabzug bei gemischt genutzten Gebäuden (§ 15 Abs. 1b UStG)	Abschaffung des Seeling-Modells zum 1.1.2011; Ausschluss des Vorsteuerabzugs, soweit nichtunternehmerische Grundstücksverwendung.
Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 8, 10 AStG); Umschaltklausel (§ 20 AStG)	Modifizierung der Hinzurechnungsbesteuerung zur Abschaffung des sog. Malta-Modells (§ 8 Abs. 3 S. 2 AStG, § 10 Abs. 1 AStG); anwendbar für ein WJ der ausl. Gesellschaft, das nach dem 31.12.2010 beginnt; einschränkende Anwendung der Umschaltklausel im Falle von Dienstleistungen; anwendbar in allen noch offenen Fällen.

Verlagerung der elektronischen Buchführung (§ 146 AO)	Verlagerung der elektr. Buchführung ins Ausland künftig möglich, wenn der Steuerpflichtige in der Vergangenheit seinen steuerlichen Mitwirkungspflichten ordnungsgemäß nachgekommen ist, der Datenzugriff vollumfänglich möglich ist und die Besteuerung nicht beeinträchtigt wird; anwendbar ab dem Tag nach Verkündung des Gesetzes.
Verwaltungsvermögenstest in Konzernen (§ 13b ErbStG)	Berücksichtigung des jungen Verwaltungsvermögens beim Verwaltungsvermögenstest in Konzernen (§ 13b Abs. 2 S. 7 ErbStG); anwendbar für Erwerbe, die nach Verkündung des Gesetzes stattfinden (Neuregelung entspricht bisheriger Verwaltungsauffassung).
3. Kernbrennstoffsteuergesetz - Stand: Veröffentlichung im BGBl. vom 13.12.2010	
Kernbrennstoffsteuergesetz	Einführung einer Verbrauchsteuer auf Kernbrennstoffe in Atomkraftwerken (die Kernbrennstoffsteuer tritt am 1.1.2011 in Kraft und ist auf Besteuerungsvorgänge anwendbar, bei denen eine sich selbst tragende Kettenreaktion vor dem 1.1.2017 ausgelöst wird).
4. Haushaltsbegleitgesetz 2011 -Stand: Veröffentlichung im BGBl. vom 14.12.2010	
Energiesteuer und Stromsteuer	Einschränkung der Begünstigungen für Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und der Land- und Forstwirtschaft innerhalb der Energiesteuer und der Stromsteuer (die Änderungen treten mit Wirkung zum 1.1.2011 in Kraft).
Luftverkehrsteuergesetz	Einführung einer Luftverkehrsteuer auf Abflüge ab dem 1.1.2011.
5. Finanzmarktregulierung (Restrukturierungsgesetz) - Stand: Veröffentlichung im BGBl. vom 14.12.2010	
Restrukturierungsfondsgesetz als Bestandteil des Restrukturierungsgesetzes (Bankenabgabe)	Einrichtung eines Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute. Einführung einer Bankenabgabe zur Finanzierung des Restrukturierungsfonds (das Restrukturierungsfondsgesetz trat am 31.12.2010 in Kraft).